



# US-Forschung drohen Kürzungen

**Geld.** Die Budgets einzelner Förderagenturen könnten um rund 20 Prozent sinken. Die Hoffnungen ruhen nun auf dem Kongress, der dem Entwurf noch zustimmen muss.

„Die vorgeschlagenen Kürzungen sind die schlimmsten seit 40 Jahren“, sagt Joanne Padron Carney von der American Association for the Advancement of Science (AAAS), der weltweit größten wissenschaftlichen Gesellschaft, die auch Zeitschriften wie „Science“ herausgibt. Nach einem von US-Präsident Donald Trump vorgelegten Entwurf sollen einzelne Förderinstitutionen mehr als ein Fünftel ihres Budgets einbüßen.

So sollen die National Institutes of Health (NIH), die wichtigste Behörde für biomedizinische Forschung, etwa 21 Prozent ihrer Fördergelder einbüßen – das sind etwa 27 Milliarden weniger als bisher. Die National Science Foundation (NSF), die Forschung und Bildung in allen Bereichen außer der Medizin fördert, könnte elf Prozent, also 6,6 Milliarden Euro, weniger bekommen.

Das sei allerdings „nur ein Budgetvorschlag“, so Carney am Rand der Austrian Research and Innovation Talks (Arit) vergangenen Samstag. Die endgültige Entschei-

dung hängt vom US-Kongress ab – und dessen Kammern dürften andere Absichten verfolgen. So wünscht sich das Repräsentantenhaus etwa drei Prozent mehr für die NIH, der Senat sogar rund sechs Prozent. Auf die NSF dürften hingegen jedenfalls Kürzungen zukommen: etwa zwei Prozent weniger, geht es nach dem Willen der Kammern. Auch der Raumfahrtbehörde Nasa drohen Kürzungen: Knapp drei Prozent schlägt der Präsident vor, der Senat 0,6 Prozent. Das Repräsentantenhaus will eine leichte Erhöhung um 1,1 Prozent.

## Mehr Mittel für das Militär

Werden die Budgetpläne Trumps realisiert, könnten die F&E-Ausgaben der USA um fast fünf Prozent auf 149 Milliarden Dollar sinken. Das Repräsentantenhaus schlägt hingegen ein Plus von fünf Prozent vor. Der Senat hat sich noch nicht zu allen Bereichen geäußert. Mehr Mittel soll es hingegen für Militär und Verteidigung geben – daher müsse in der Wissenschaft gespart werden, so Carney.

Eine Budgetkürzung von 20 Prozent wäre eine absolute Katastrophe für die Universitäten, sagt dazu der Österreicher Peter Nagelle, Anästhesist an der Washington University in St. Louis. Er befürchtet, dass in diesem Fall viele Leute entlassen werden müssten, speziell junge Forscher ohne fixe Verträge. In der Wissenschaft rechnet man also mit dem Schlimmsten. Die beiden Kammern sollen sich jedenfalls im Dezember einigen.

Ein ungünstiges Signal in Richtung Wissenschaftler, die in den USA forschen wollen, stellen aber auch die verschärften Einreisebedingungen dar. Carney fürchtet, dass diese Top-Forscher abhalten könnten, in die USA zu kommen. Die Zuwanderung der klügsten Köpfe aus Europa, Indien, Japan, China und anderen Ländern ist auch für den Vorsitzenden des Österreicherischen Forschungsrats, Hannes Androsch, ein Grund für den Erfolg der USA in Forschung und Entwicklung. Nur so sei dieser trotz „eines lausigen Schulsystems“ möglich. (APA/gral)



## Unsichere Zeiten in der amerikanischen Forscherszene

Die Budgetpläne der Trump-Administration sehen teils empfindliche Kürzungen für nationale Förderagenturen vor

**Austin** – Wer es noch immer nicht glaubte, wurde Mitte August eines Besseren belehrt: Das erste Memo der neuen Administration im Weißen Haus wurde zu Forschung und Entwicklung (F&E) veröffentlicht. Auf vier Seiten wird zur amerikanischen Führung in diesen Bereichen aufgerufen, um die höchsten Ziele der Trump-Regierung zu erreichen: militärische Stärke und nationale Sicherheit, aber auch Wirtschaftswachstum und Beschäftigung.

Das Fachmagazin *Science* zeigte daraufhin den gravierenden Unterschied zur Prioritätenliste der Obama-Administration in F&E auf: Einige zentrale Punkte aus der Vergangenheit werden im jüngsten Memo gar nicht mehr erwähnt,

unter anderem sind das die globale Klimaerwärmung und damit eng verbunden die Erdbeobachtung.

Wenn ein Fass mehr gefüllt wird, scheint es logisch, dass ein anderes weniger erhält: Mittel, die Trump dem Militär und der nationalen Sicherheit geben will, sollen offenbar bei den nationalen Forschungsagenturen eingespart werden. Im Rahmen des „Austrian Research and Innovation Talk“ vergangene Woche in Austin, Texas, wurden Zahlen präsentiert, die bestätigen: In den USA fürchtet man nicht ohne Grund die massivsten Kürzungen in F&E seit mehreren Jahrzehnten. Die Budgets einzelner Förderagenturen könnten bis zu 20 Prozent gekürzt

werden. Joanne Padron Carney von der American Association for the Advancement of Science (AAAS) bestätigte das vor Journalisten, ergänzte aber, dass es in den vergangenen Jahren immer wieder rückläufige Budgets gegeben habe. Und dass die Vorschläge der Trump-Administration teils klar unter denen der beiden Kammern des Kongresses liegen.

### Unterschiedliche Pläne

Besonders deutlich wird das, wenn man auf der Website von AAAS die drei Budgetpläne vergleicht: Der US-Präsident schlägt

etwa für die Förderagentur National Institute of Health (NIH) eine Kürzung von 21 Prozent vor, was zu einem Tiefststandbudget

von 27 Milliarden Euro für den wichtigsten staatlichen Unterstützer der US-amerikanischen Life-Sciences-Szene führen würde. Das Repräsentantenhaus schlägt über drei Prozent mehr vor, der Senat empfiehlt sogar ein Plus von etwa sechs Prozent. Diese divergierenden Auffassungen sind auch ein Hoffnungsschimmer für Beobachter: Die drohende Budgetkürzung könnte vielleicht doch moderater als befürchtet ausfallen.

Der Industrielle Hannes Androsch, Vorsitzender des Rats für Forschung und Technologieentwicklung, wies auf eine enorme Diskrepanz im amerikanischen Bildungs- und Hochschulsystem hin. Es gibt eine große Zahl an

Top-Universitäten – trotz eines Schulsystems, das in internationalen Rankings immer recht schlecht abschneidet. Androschs Erklärung: „Zuwanderung“. Die amerikanischen Hochschulen seien durch die besten Köpfe, die zum Beispiel aus Europa, aber auch aus Asien einwanderten, zu ihrem Ruf gekommen.

Auch dabei könnte es unter Donald Trump Verschärfungen geben. Das aktuelle Einreiseverbot betrifft die Länder Tschad, Iran, Libyen, Nordkorea, Syrien, Somalia, Jemen und Venezuela. Aber auch Studenten und Wissenschaftler anderer Länder könnten sich angesichts der vom Weißen Haus ausgehenden Unsicherheit von den USA fernhalten. (pi)